

Keine Zusammenarbeit mit militärischen Einrichtungen und rüstungsrelevanten Betrieben an der Universität Köln

Allein in den letzten fünf Jahren hat die deutsche Rüstungsindustrie ihre Exporte um 70% gesteigert. Deutsche Hochschulen sind an Kriegsproduktion und -vorbereitung in unterschiedlicher Weise beteiligt: Krieg soll ideologisch legitimiert, die wissenschaftlich-technologischen Voraussetzungen zur Rüstungsproduktion und zur effizienten Kriegsführung geliefert sowie speziell an den Militärakademien kriegswilliges und gleichzeitig technisch hoch versiertes „Humankapital“ ausgebildet werden. Unter schwarz-gelbem Standortdiktat wurden gerade in NRW, dem Rüstungsstandort Nummer 1 in Deutschland, ein großer Teil der Universitäten in die Rüstungsforschung gedrängt. Auch an der Sporthochschule und der Universität Köln findet wehrtechnisch relevante Forschung statt. Dieser Entwicklung ist dringend ein Riegel vorzuschieben.

Die Erforschung von Friedensursachen und ziviler Konfliktprävention sowie umfassender Abrüstung statt Aufrüstung ist als Aufgabe für die Wissenschaft in Gegnerschaft zum Einfluss von Kriegsverdienern und Militär zu realisieren.

Die Juso HSG setzt sich daher ein für:

- eine grundsätzliche Offenlegung sämtlicher Drittmittel-geförderter Projekte an der Universität Köln und
- eine Festschreibung des Verbotes jeglicher Zusammenarbeit mit militärischen Einrichtungen und rüstungsrelevanten Betrieben in der Grundordnung der Universität Köln